

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

Arbeitsmarktzahlen sind positiv zu bewerten – Aufwärtsentwicklung für Zurückdrängen des Niedriglohnbereiches nutzen

Auf dem regionalen Arbeitsmarkt von Berlin und Brandenburg zeigt sich ein positiver Trend: die Zahl der Arbeitslosen sinkt in beiden Bundesländern im Vergleich zum Vormonat (-6.960) und zum Vorjahr (-15.631). Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt, aktuell sind 1.841.200 Männer und Frauen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen tätig und auch der Anstieg an gemeldeten Stellen (+3.584) in Berlin und Brandenburg ist durchaus ein Indiz für die Suche nach Personal, so Christian Hoßbach stellvertretender Vorsitzender des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg.

Doch beim genaueren Betrachten, so Hoßbach weiter, bleibe der Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg hoch problematisch. Was die Monatsstatistik der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg nicht ausweise aber aus Zahlen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit hervorgehe: „jede zweite Neueinstellung ist nur noch befristet, und das ist eindeutig zuviel“.

Auch die Vermittlung an Leiharbeitsfirmen habe einen zu hohen Stellenwert. Leiharbeit bedeutet für die so Beschäftigten Unsicherheit, sie erhalten weniger Lohn, müssen länger arbeiten und können auch schneller entlassen werden, meint der DGB-Vize. Die Bundesagentur für Arbeit und ihre Agenturen vor Ort sollten nach Meinung von Hoßbach Konsequenzen aus der Tatsache ziehen, dass ein großer Teil der Zugänge an Arbeitslosigkeit auf die Verleiher entfällt, und ihre „Vermittlungsphilosophie“ überdenken. Mit Blick auf den aktuellen Bericht der Bundesregierung zu Erfahrungen mit der Arbeitnehmerüberlassung kritisiert Hoßbach die Unterschätzung der Gefahren des Lohndumping und die Ausblendung der sozialen Situation eines Großteils der Leiharbeitskräfte. Die Probleme der Leiharbeit dürfen nicht verharmlost werden, so Christian Hoßbach, es gilt die Fehlentwicklungen aufzuzeigen. „Das Zurückdrängen unsicherer und billiger Arbeit bleibt ganz oben auf der gewerkschaftlichen Agenda.“

PM 23/10
31.03.10

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medienneu\2010\Arbeitsmarktzahlen positiv 31 03.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@DGB.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de



Für Rückfragen:
Petra Meyer
petra.meyer@dgb.de

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114